Nr. 167 September 2020

à propos

Das
Friedensmagazin
von KOFF

Gender-Gleichstellung & Frieden: Feiern oder Verzweifeln?

swisspeace
Schweizerische Friedensstiftung
Fondation suisse pour la paix
Fondazione svizzera per la pace
Swiss Peace Foundation

Inhaltsverzeichnis

1 schwerpunkt

Kaum Grund zu feiern

2 dossier

Für eine «fürsorglichere» Interpretation der UNSCR 1325

Mediation – mehr als Frauensache

Schutz von Menschenrechtsverteidiger-innen in Zentral- und Südamerika

Ein zaghafter Jubel

1325: Nur Worte oder auch Taten?

Mehr Gleichberechtigung nötig für eine «Jubiläumsfeier»

Mit neuen Denkmustern in die Ehe

Mehr Gerechtigkeit, weniger Gewalt mit Bezug zu Geschlecht

Tagsüber kam die Polizei, nachts die Miliz

Der Körper im Zentrum der Politik

Zeit zum Feiern, Reflektieren und Weitermachen

3 erfahren Sie mehr darüber

Grundlagen für geschlechterinklusive Friedensförderung

4 aktuell

Neuauflage der digitalen Serie «Reimagining Victory»

Männlichkeiten, Marginalisierung, Militarismus (Onlinekurs, 6 Halbtage)

CAS «Grundlagen der zivilen Friedensförderung»

5 agenda

Veranstaltungen & News

editorial

“Wir gestalten neue Wege, um Frauen in allen Phasen der Verhandlung und Entscheidungsfindung einzubeziehen. Vom Küchentisch bis zum Friedenstisch schlagen Frauen vor, den Status quo umzudrehen”, sagte die Feministin Bella Abzug während der Vierten Weltfrauenkonferenz in Peking vor 25 Jahren. In der Folge verpflichteten sich 189 Länder mit der Verabschiedung der Erklärung und Aktionsplattform von Peking, Geschlechtergleichstellung zu erreichen und die Rechte von Frauen und Mädchen zu respektieren.

Fünf Jahre später wurde ein weiterer Meilenstein im Bereich Frauen, Frieden und Sicherheit erreicht; die UN-Resolution 1325 wurde einstimmig vom UN-Sicherheitsrat verabschiedet. Sie fordert die Beteiligung von Frauen in Konfliktprävention und Friedensprozessen, den Schutz von Frauen in Konflikten, auch vor sexueller Gewalt, und die Prävention von Gewalt gegen Frauen durch die Förderung der Frauenrechte und der Geschlechtergleichstellung

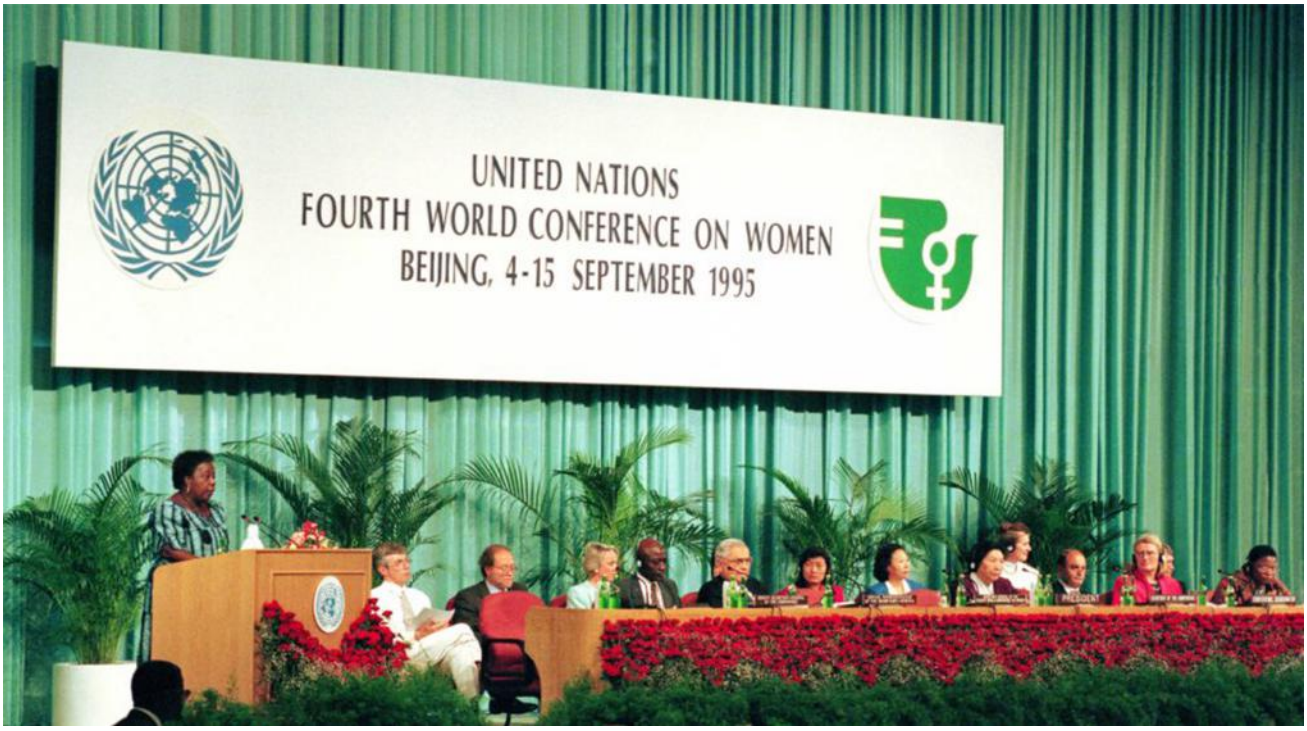
Für einige ist das Jahr 2020 ein Jahr des Feierns; andere werden angesichts der noch zu erzielenden Fortschritte auf jegliche Feierlichkeiten verzichten. Warum dies so ist, erklären die kritischen Stimmen der Schweizer Zivilgesellschaft in dieser Septemberausgabe.

Ich wünsche eine angenehme Lektüre

Redakteurin KOFF Magazin, Sanjally Jobarteh

schwerpunkt

Kaum Grund zu feiern



Eröffnung der vierten Weltfrauenkonferenz in Beijing, 04. September 1995, Milton Grant / UN Foto

20 Jahre UNO-Sicherheitsratsresolution 1325 «Frauen, Frieden und Sicherheit», 25 Jahre Beijing-Deklaration und -Aktionsplattform zu Frauenrechten und Geschlechtergleichstellung: Damals wurde die Verabschiedung dieser Instrumente gefeiert, wo stehen wir heute? Interview mit Flurina Derungs, Geschäftsleiterin von FriedensFrauen Weltweit.

Gibt es heute Grund, die Jubiläen dieser internationalen Instrumente zu feiern?

Nein. Diese Dokumente wurden in den «goldenen 90er Jahren» verabschiedet, als vieles möglich war. Das war die Zeit, in der Frauenrechte als Menschenrechte anerkannt wurden. Die Balkan-Kriege und der Ruanda-Genozid machten die Gewalt gegen Frauen als Kriegswaffe so sichtbar, dass der UNO-Sicherheitsrat mit der Verabschiedung der Resolution 1325 «Frauen, Frieden und Sicherheit» handelte. Auch in der Schweiz fällt das Gleichstellungsgesetz, der straffreie Schwangerschaftsabbruch oder die Offizialisierung der häuslichen Gewalt in diese Zeit. Die 1995 verabschiedete Beijing-Deklaration und -Aktionsplattform (BDAP) war ein visionäres Dokument. 20 Jahre später war jedoch offensichtlich, dass diese goldene Zeit vorbei war. Ich war 2015 dabei, als die UNO deren Umsetzungsstand beurteilte. Ein Abschlussdokument wurde bewusst nicht verhandelt, aufgrund der Gefahr, dass Beijing+20 hinter 1995 zurückfallen könnte. Es gibt einzelne Fortschritte, aber wir sind heute leider nicht viel weiter.

Was sind die wichtigsten Errungenschaften dieser Instrumente?

Die Resolution 1325 ist ein Meilenstein der internationalen Friedenspolitik. Sie anerkennt

Gewalt an Frauen als Kriegswaffe und verurteilt sie. Sie verlangt, dass die Anliegen von Frauen in Friedensabkommen berücksichtigt werden und dass sie in Friedensprozessen partizipieren müssen. Aber eigentlich sind die BDAP und die Resolution 1325 Teil eines Pakets an Frauenmenschenrechten, das auf die UNO-Frauenrechtskonvention CEDAW von 1979 zurückgeht. Weil damals Gewalt gegen Frauen als Privatsache galt, beinhaltet CEDAW nichts dazu. Erst dank der Frauenbewegung und Advocacy-Arbeit wurde Gewalt gegen Frauen zu einem öffentlich diskutierten Thema. Die Resolution 1325 steht in diesem Kontext.

Welche Errungenschaften gehen spezifisch auf Beijing zurück?

In Beijing wurde das Konzept des Gender Mainstreaming lanciert. Dank der BDAP spielen Geschlechtergleichstellung und das Empowerment von Frauen in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung eine transversale Rolle und haben ein eigenes Ziel. Die Care-Arbeit von Frauen wurde in Beijing als kritischer Faktor für Entwicklung und Frieden anerkannt.

Woran erkennst du die Errungenschaften und die Herausforderungen in deiner Arbeit?

Die Arbeit von FriedensFrauen Weltweit basiert auf diesen Menschenrechtsinstrumenten. In unserem Netzwerk stehen verschiedene Frauen für diese zunehmende Partizipation von Frauen an Friedensprozessen, beispielsweise die Philippinerin Miriam Coronel Ferrer. Sie war die erste Chefunterhändlerin eines Friedensabkommens. 2014 unterzeichnete sie das Friedensabkommen zwischen der Regierung und der Islamischen Befreiungsfront der Moros mit. Die Partizipation von Frauen in Friedensprozessen ist aber noch weit entfernt von 50:50. Die UNO-Studie, die Friedensverhandlungen zwischen 1998 und 2018 analysierte, zeigt, dass Frauen nur 3% der Mediator_innen und 4% der Unterzeichnenden ausmachten. Eine rein numerische Vertretung der Frauen gewährleistet jedoch nicht ihre substanzielle Partizipation in Friedensprozessen oder die Umsetzung von Gender-Vorgaben in Friedensabkommen. Zudem hat die im Kontext der 9/11-Angriffe entstandene «Prävention von gewalttätigem Extremismus» dazu geführt, dass die «Frauen, Frieden, Sicherheit»-Agenda gekapert wurde. Auch das hat der Geschlechtergerechtigkeit einen Rückschlag versetzt.

Wo steht die Schweiz mit ihrer Umsetzung dieser Instrumente?

Mit den eingangs erwähnten Gesetzesänderungen ist die rechtliche Gleichstellung von Frau und Mann praktisch erreicht. Häusliche Gewalt, Lohnungleichheit oder die unbezahlte Care-Arbeit sind nur drei der Bereiche, in denen diese Gleichstellung tatsächlich noch nicht erreicht ist. Die Schweiz hat sich international für ein eigenständiges Gender-Ziel und für eine transversale Verankerung der Geschlechtergerechtigkeit in der Agenda 2030 stark gemacht. Sie war eines der ersten von 84 Ländern, das einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der Resolution 1325 verfasst hat und hat auch einen Beijing+25-Bericht über den Stand der Umsetzung ablegt. Aber die neue Botschaft zur Internationalen Zusammenarbeit enthält kein explizites Ziel mehr zur Geschlechtergerechtigkeit.

Wie beteiligt sich die Schweizer Zivilgesellschaft am Nationalen Aktionsplan (NAP) 1325?

FriedensFrauen Weltweit koordiniert zusammen mit KOFF und dem cfd die

zivilgesellschaftliche Begleitung des nun 4. NAP mit dem Ziel, ihn bekannter und für die Friedensförderung in der Praxis relevanter zu machen. Wir versuchen im Dialog mit dem Staat eine stärkere Verbindung zwischen Praxis und Politik herzustellen. In unserer Arbeit wird mir die Kluft zwischen solchen internationalen Dokumenten und dem Alltag von Frauen immer wieder bewusst. Die Bedeutung dieser Dokumente ist unbestritten, aber diese Kluft ist frappant.

Welche Erkenntnisse hat die Coronapandemie zutage gefördert, die für diese Instrumente relevant sind?

Wer vor der Coronakrise benachteiligt war, war während der Krise noch benachteiligter. Die Krise hat die mehrfache und intersektionale Diskriminierung von Frauen und die massiven Ungleichheiten z.B. im Pflegebereich, aufgezeigt. Wir werden sehen, wo nun gespart wird. Die Finanzkrise von 2008 hat gezeigt: auf dem Buckel der Frauen.

Was haben diese Instrumente gebracht, wenn Frauen zu den Leidtragenden solcher Krisen gehören?

In den 60er Jahren hätte eine solche Krise wohl schlimmere Auswirkungen auf Frauen gehabt. Trotz der Fortschritte besteht aber weiterhin ein grosses Gefälle zwischen der rechtlichen und der tatsächlichen Gleichstellung. 2015 habe ich Hoffnung in die Agenda 2030 gesetzt. Heute bin ich etwas ernüchtert.

Das klingt nicht wie ein hoffnungsvoller Ausblick auf die Zukunft.

Es gibt Highlights: die MeToo-Bewegung, der Frauen_streik und der «Frauenrutsch» in den Wahlen. Die Initiative «Schweizer Recht statt fremde Richter», die sogenannte Selbstbestimmungsinitiative, zeigte, Menschenrechte müssen fortlaufend verteidigt werden. Als die Stimmbürger_innen 2018 die Initiative deutlich abgelehnt haben, zeigte das aber auch: Eine Zivilgesellschaft, die zusammensteht und die Bevölkerung mobilisiert, kann die Initiative eines finanzkräftigen Gegners zu Fall bringen. Gerade Themen wie Geschlechtergerechtigkeit und Frieden brauchen starke Frauenorganisationen und eine solidarische Zivilgesellschaft. Das macht mir Hoffnung.

Interview mit
Flurina Derungs
flurina.derungs@1000peacewomen.org
Geschäftsleiterin, PeaceWomen Accross the Globe (PWAG)
Interviewerin
Christina Stucky, PeaceWomen Accross the Globe (PWAG)
christina.stucky@1000peacewomen.org
Leiterin der Kommunikation

links

- PeaceWomen Accross the Globe (PWAG)

Für eine «fürsorglichere» Interpretation der UNSCR 1325

Matthias Zomer, 2016 / Pexels

Das laufende Projekt von KOFF, cfd und PWAG setzt sich mit dem Begriff der Partizipation im Sinne der UNSCR 1325 auseinander. Vielerorts wurde festgestellt, dass sich die Beteiligung darauf beschränkt, Frauen nur zu zählen, ihrem Wort aber kein Gewicht zu verleihen. Das wollen wir ändern!

Im Zentrum der Resolution standen ursprünglich Frauen aus dem globalen Süden, die nicht nur von Konflikten betroffen waren, sondern auch das befremdliche Gefühl hatten, dass sie von der internationalen Diplomatie nur beschwichtigt wurden. Die von Frauen tatsächlich geleistete Friedensförderung blieb unbeachtet, obwohl sie als die massgeblichsten zivilen Akteure inmitten von Kriegen gewaltfreie Methoden anwenden und den Dialog suchen, um zwischen verhärteten Fronten zu vermitteln. Sie sind es, die selbst unter widrigsten Umständen originelle Wege finden, ihre Familie zu ernähren. Das alles zählt zur Fürsorgearbeit. Denn Fürsorge bedeutet Anteilnahme und Deeskalation – beides tägliche Pflichten emotionaler Arbeit. Doch genau wie un(ter)bezahlte Fürsorgearbeit in Friedenszeiten, ist sie bei gewaltsamen Konflikten unsichtbar. So bleibt uns verborgen, dass diese Fürsorgearbeit die eigentliche Grundlage für unser Gefühl von Sicherheit bildet. Wir sind von Natur aus auf zwischenmenschliche Beziehungen angewiesen. Keiner von uns könnte seinen Tag bewältigen, wenn nicht an vielen Stellen diskret für uns gesorgt würde. Fürsorge befähigt uns. Sie sichert unser Überleben, lässt uns Konflikte lösen und führt entzweite Gemeinschaften wieder zusammen.

Deshalb reicht es nicht aus, einfach nur eine Frauenquote am Konferenztisch zu erfüllen. Wir nehmen den Jahrestag der Resolution als Anlass, mehr zu fordern. Wir wollen, dass Frauen für ihre Partizipation an Friedensprozessen anerkannt werden, die sie durch unablässige Fürsorge bereits in grossem Umfang leisten. Aus dieser Sicht ist ein Platz am Konferenztisch das Mindeste. Es würde die Resolution einen Schritt voranbringen, Fürsorgearbeit als den Beitrag gelten zu lassen, den sie tatsächlich darstellt, und sie somit auch als Last zu sehen, die gleichmässig verteilt werden muss. Der Aufbau nachhaltiger friedlicher Gesellschaften bedeutet demnach, auf Budgets zu bestehen, die einen Teil der Fürsorgeverantwortung verstaatlichen, und eine Politik einzuschlagen, die auch Männer in die «Fürsorgepflicht» nimmt. Sich allein auf die «Stärkung» der Frauen zu beschränken, wird der Herausforderung nicht gerecht.

Nur wenn wir anerkennen, dass die Fürsorgetätigkeit von Frauen für grundlegende Sicherheit sorgt, können wir die UNSCR 1325 auch wieder mit der Innenpolitik verbinden. Der globale Norden, einschliesslich der Schweiz, hat sich darauf bequemt, allein die aussenpolitische Bedeutung der Resolution zu beachten. Dies konkretisiert nicht nur internationale Machtasymmetrien, sondern verschleiert im Wesentlichen auch das Vorhandensein von Gewalt und Ausgrenzung in diesen Ländern, als würden diese vor den Grenzen eines Staates oder in diesem Fall Europas haltmachen. In der Schweiz, wo sich alle zwei Wochen ein Frauenmord ereignet, wo eine von fünf Frauen schon einmal Opfer sexueller Gewalt wurde und wo in erster Linie Frauen dafür gesorgt haben, dass wir die Corona-Pandemie überstehen, und dennoch bei den jeweiligen Entscheidungsprozessen stark unterrepräsentiert waren, hat die UNSCR 1325 durchaus eine nationale Bedeutung.

swisspeace
Leandra Bias
Leandra.Bias@swisspeace.ch
Gender & Peacebuilding Advisor

links

- swisspeace

dossier

Mediation – mehr als Frauensache

Weiterbildung - Women Mediators across the Commonwealth, London, 2019 / Conciliation Resources

Die UNSCR 1325 und die stärkere Partizipation von Frauen an der Friedensförderung sind wichtiger denn je. Die Corona-Pandemie hatte zahlreiche unterschiedliche Folgen für Frauen und Mädchen, insbesondere in fragilen und konfliktbetroffenen Staaten. Trotz anhaltend mangelnder Unterstützung und Anerkennung ihrer Arbeit standen Frauen bei den Massnahmen an vorderster Front.

Klimawandel, Umweltzerstörung sowie damit einhergehende Ressourcenverknappung und Migration verlangen Gemeinschaften immer mehr Resilienz ab – häufig in einem Umfeld mit schwachen wirtschaftlichen und institutionellen Strukturen. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, benötigen Gemeinschaften dringend eigene etablierte und inklusive Mechanismen zur Konfliktlösung.

Das von Conciliation Resources koordinierte Netzwerk Women Mediators across the Commonwealth (WMC) hat Geschichten von Mediatorinnen dokumentiert, die in verschiedenen Bereichen und Sektoren auf kommunaler, nationaler und regionaler Ebene aktiv sind. Das WMC besteht aus einer Gruppe von Frauen, deren Alter, Volkszugehörigkeit und sozioökonomischer Status nicht unterschiedlicher sein könnten. Sie beschäftigen sich mit vielfältigen Themen, beispielsweise Klimawandel, Streitigkeiten indigener Familien oder nationale und regionale Friedensprozesse.

Dabei begegnen sie zahlreichen Herausforderungen wie Finanzierungsproblemen, Bedrohung ihrer persönlichen Sicherheit und Ausgrenzung aufgrund kulturbedingter oder

institutioneller Geschlechterdiskriminierung. Trotzdem entwickeln die WMC-Mitglieder wirksame Mediationslösungen, da sie thematisches Fachwissen mitbringen und alternative inklusive Perspektiven auf breitgefächerte Problematiken eröffnen, von Wahlbeobachtung über Landkonflikte bis hin zu Verhandlungen mit bewaffneten Gruppen.

Frauen als Mediatorinnen tragen erheblich zur Friedensförderung und Konfliktprävention bei. Dennoch geniessen sie nur wenig Sichtbarkeit, Anerkennung und Schutz. Durch unablässige gemeinsame Bemühungen, Barrieren abzubauen, durch proaktive Vermittlung dort, wo es die Situation erfordert, sowie durch umsichtige Zusammenarbeit mit unterschiedlichsten Interessengruppen bringen die Frauen des WMC Gemeinschaften zusammen, um den Dialog zu fördern und Konflikte friedlich und gewaltfrei zu bewältigen.

Ihre Strategien bestehen unter anderem darin, die Glaubwürdigkeit zu stärken, um Bindungen aufzubauen und Zugang zu finden, der zuvor nicht möglich schien. Sie kennen ihre Kompetenzen, wissen, wann sie sich zurücknehmen sollten, damit andere in den Vordergrund treten können, und sind erfinderisch, wenn es darum geht, nachhaltige Beziehungen zu schaffen. Darüber hinaus verfügen die Mediatorinnen über eine umfassende Kenntnis der Fertigkeiten, Techniken und Prozesse, die für eine inklusive Mediation erforderlich sind, und passen diese sowohl dem jeweiligen kulturellen Kontext als auch den Bedürfnissen der beteiligten Interessengruppen bzw. Gemeinschaften an.

Die von jüngeren Mediatorinnen geleiteten Aktivitäten sollten als wesentlicher Beitrag zur Umsetzung der Friedensförderung anerkannt werden. Zudem besteht Bedarf an einer Übertragung der Richtlinien auf lokale Gegebenheiten und an angemessenen, zugänglichen Finanzierungsmöglichkeiten, damit sich bislang ungehörte Stimmen äussern können.

Strategische Führung, die über die internationalen und nationalen Zusicherungen auf dem Papier hinausgeht, sollte eine vorrangige Priorität sein, um das «Wie» anzupacken und praktische Mechanismen zur wirksamen Umsetzung der UNSCR 1325 zu schaffen, denn das Mitbestimmungsrecht von Frauen und Mädchen trägt zu einer friedlicheren Gesellschaft für alle bei. Dafür müssen sich globale und nationale Führungen darauf konzentrieren, ein förderliches Umfeld für Frauen mit unterschiedlichsten Hintergründen zu schaffen, damit diese in einflussreichen Entscheidungspositionen auf allen Ebenen und in allen Bereichen gehört und gesehen werden und damit die schon oft geforderte flexible, nachhaltige und rechtzeitige Finanzierung nicht vergebens ist.

* Conciliation Resources dankt allen WMC-Mitgliedern für ihre Zeit und ihr Engagement im Rahmen des Netzwerks sowie für ihre Mitwirkung an diesem Forschungsprojekt.

Conciliation Resources
Chantelle Cummings
edeeming@c-r.org
Senior Adviser, Gender and Peacebuilding

links

- Conciliations Resources
- Women Mediators across the Commonwealth

dossier

Schutz von Menschenrechtsverteidiger-innen in Zentral- und Südamerika

Honduras, 2019 © Peace Brigades International

Die Verteidigung von Menschenrechten in Zentral- und Südamerika ist besonders für Frauen mit hohen Risiken verbunden. Trotz der Gefahren tragen Frauen massgeblich zum Schutz von Landrechten und Umwelt, aber auch zur Geschlechtergleichstellung bei und schaffen so Raum für Frieden.

Das Unterziel 6 des thematischen Schwerpunkts „Wirkungsvoller Einbezug von Frauen in die Konfliktprävention“ des 4. Nationalen Aktionsplans 1325 der Schweiz zu Frauen, Frieden und Sicherheit, bezweckt die „Anerkennung der spezifisch prekären Situation von Menschenrechtsverteidigerinnen und den Schutz ihrer Arbeit“. Internationale Aufmerksamkeit und Anerkennung sind wichtig für den Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen, jedoch erfordern die geschlechtsspezifischen Risiken und Hindernisse mit denen Menschenrechtsverteidigerinnen kämpfen auch staatliche Massnahmen mit einem intersektionalen Gender-Fokus.

Kriminalisierung der Menschenrechtsverteidigerinnen, Straflosigkeit für Täter und Militarisierung der öffentlichen Sicherheit – gefährliche Wiedersprüche in Honduras

Laut dem PBI Bericht „Defending the Land has a Woman's Name" wurden zwischen 2013 und 2018 in Honduras 642 Menschenrechtsverteidigerinnen strafrechtlich verfolgt, viele von ihnen im Kontext ihres Aktivismus zu Landrechten und Umweltschutz. Ausserdem wurden in den vergangenen zwei Jahren in Honduras fünf Menschenrechtsverteidigerinnen getötet und zwischen 2016 und 2017 insgesamt 1'232 Attacken auf Menschenrechtsverteidigerinnen, ihre Angehörigen oder ihre Organisationen verübt. Dabei bleiben die Täter oft unbestraft.

In den letzten sechs Jahren wurden die Staatsausgaben für Sicherheit und Verteidigung um 112% erhöht und die Präsenz der Militärpolizei für die öffentliche Sicherheit stetig erweitert. Für Menschenrechtsverteidigerinnen, welche neben ihrem Aktivismus meist auch Verantwortung für ihre Familien tragen, sind Begegnungen mit der Militärpolizei oft hoch traumatisch. María Felícita López, die Koordinatorin der indigenen Lenka Bewegung von La Paz – Honduras (MILPAH) berichtete von einer nächtlichen Hausdurchsuchung durch die Militärpolizei: „Sie schossen drei Mal auf meinen elfjährigen Sohn, Gott sei Dank, dass sie ihn nicht getroffen haben. Sie nannten mich Schlampe und Drogendealerin". Die Frauen von MILPAH, welche in dieser Nacht angegriffen wurden, zeigten diesen Vorfall an. Die Täter wurden jedoch ohne Strafe entlassen – ein weit verbreitetes, systemisches Problem.

2015 wurde ein nationales Dekret zum Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen erlassen, die Verordnung wurde jedoch mangelhaft umgesetzt. Kritisiert wird ein Mangel an finanziellen Mitteln, Transparenz und ausgebildetem Personal. Auf Anregung der Zivilgesellschaft wurde die Verordnung um präventive, wirtschaftliche und psychosoziale Massnahmen erweitert, für die Umsetzung ist jedoch meist die Polizei zuständig. Verteidigerinnen müssen sexistische Behandlung durch männliche Polizeibeamte erdulden und die Polizei ist so Täter und Beschützer zu gleich. Abgesehen davon sind lokale Behörden oft nicht mit der Verordnung vertraut und sind nicht in Menschenrechtsfragen, Gender-Issues und Schutzmassnahmen geschult. Viele Menschenrechtsverteidigerinnen misstrauen deshalb staatlichen Behörden und nur 18.5% der Verteidigerinnen die Opfer von Attacken wurden erheben Klage.

Genderperspektive in staatlichen Institutionen und Gesetzgebung zum Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen

In Honduras und anderen Ländern in denen Peace Brigades International (PBI) tätig ist, stellen Straflosigkeit, die Militarisierung der öffentlichen Sicherheit und Kriminalisierung der legitimen Arbeit für Menschenrechte grosse Probleme für Menschenrechtsverteidigerinnen dar. Zwar betreffen diese Probleme auch Männer, für Frauen ist die Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts aber ein weiteres Hindernis, welches bis heute in Gesetzen und staatlichen Institutionen ungenügend berücksichtigt wird. Neben physischer Begleitung und psychosozialer Unterstützung von Menschenrechtsverteidigerinnen betreibt PBI deshalb auch Advocacy-Arbeit und steht in ständigem Kontakt mit lokalen und nationalen Behörden um sich dafür einzusetzen, dass die Stigmatisierung, Kriminalisierung und Verfolgung aufhört und die wichtige Arbeit von Menschenrechtsverteidigerinnen für Frieden anerkannt und geschützt wird.

Peace Brigades International (PBI)
Larissa Mina Lee
larissa.lee@peacebrigades.ch

Projektassistantin Support & Fundraising

links

- Peace Brigades International
- Bericht “Defending the land has a woman’s name” - PBI Honduras
- Nationaler Dekret über den Schutz weiblicher Menschenrechtsverteidiger
- Bericht über die Situation von Menschenrechtsverteidigerinnen - Nationales Netzwerk von Menschenrechtsverteidigerinnen in Honduras

dossier

Ein zaghafter Jubel

Frauenstreik 2019,Bundesplatz / Daniel Stampfli

2020 ist ein Jahr wichtiger Jubiläen der Frauenrechte: Die UN-Resolution 1325 wurde vor 20 Jahren verabschiedet. Die vierte UNO-Weltfrauenkonferenz von Bejing formulierte vor 25 Jahren einen umfassenden Massnahmenkatalog zu zwölf Themen, die sogenannte Aktionsplattform von Beijing. Vor 40 Jahren trat das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) in Kraft. Können wir also die Frauenrechte feiern? Nein, denn die Fortschritte sind langsam und die Forderungsmassnahmen bleiben nicht selten wirkungslos.

Die internationalen Instrumente stellen nicht nur den rechtlichen Rahmen für die Geschlechtergleichstellung in der Welt, sondern leisten gleichzeitig einen unverzichtbaren Beitrag für den Frieden. «Je höher die Geschlechtergleichstellung in einer Gesellschaft, desto friedlicher ist sie», so Pascale Baeriswyl, Chefin der Ständigen Mission der Schweiz bei den Vereinten Nationen in New York.

Die Schweiz hat sich mit der Ratifizierung dieser Abkommen zu aussen- wie auch innenpolitischen Gleichstellungszielen verpflichtet. Die Zahlen sind jedoch entmutigend: Mit nur 4 % sind Frauen am Verhandlungstisch in Friedensprozessen stark unterrepräsentiert. Frauen besetzen nur 30 % der Führungspositionen in Unternehmen in der Schweiz. Die Schweizer Covid-19 Task Force besteht aus zwei Frauen und fünfmal so vielen Männern. Gleichzeitig sind Frauen – wie die Coronakrise aufgezeigt hat – in Pflegeberufen deutlich überrepräsentiert. Auch leisten sie nach wie vor die grosse Mehrheit der unbezahlten und unterbezahlten Haus- und Care-Arbeit. Die Statistiken zu häuslicher Gewalt zeigen, wie verbreitet und alltäglich Gewalt an Frauen in unserer Gesellschaft ist. In der Schweiz gibt es trotz der CEDAW-Empfehlungen in 9 von 26 Kantonen noch immer kein Gleichstellungsbüro. Ein Grund zum Verzweifeln? Nein, aber unsere Ungeduld muss unsere Triebfeder für Veränderungen bleiben.

Es braucht den Druck von der Strasse

Am 14. Juni 2019 mobilisierte der Frauenstreik mehr als eine halbe Million Menschen. Die Forderungen nach einem stärkeren institutionellen Engagement und nach der tatsächlichen Anwendung der internationalen Konventionen verhallten nicht ungehört. Nach den Wahlen im letzten Oktober stieg der Frauenanteil im Parlament auf 42 %. Politiker_innen sowohl auf der rechten als auch auf der linken Seite des politischen Spektrums sagen inzwischen öffentlich, dass eine Revision des Lohngleichheitsgesetzes nicht ausreicht, um die systemischen Ungleichheiten zu beheben. Zudem stellte eine feministische Sondersession vom 11. – 13. September 2020 die föderale Politik des Krisenmanagements während Corona in Frage – eine Politik, welche die Lebensrealitäten von Frauen kaum berücksichtigt.

Auch im Jahr 2000 wäre es ohne den Druck von der Strasse nicht zur Annahme der Resolution 1325 durch den UN-Sicherheitsrat gekommen. Vor zwanzig Jahren forderten Frauen die gleichberechtigte Partizipation in friedenspolitischen Entscheidungsprozessen. Die Forderung heute ist dieselbe wie damals. Um eine gleichberechtigte Partizipation zu erreichen, ist die politische und wirtschaftliche Stärkung von Frauen Grundvoraussetzung. Zwanzig Jahre nach dem Inkrafttreten der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates sehen wir Fortschritte auf dem Weg zu einem positiven und egalitären Frieden. Diese ermutigen uns, als Vertreter_innen der Zivilgesellschaft, weiter griffige institutionelle und politische Antworten auf unsere Forderungen zu verlangen. Wir verzweifeln nicht, aber wir feiern auch (noch) nicht. Wir bleiben mit Überzeugung und Hartnäckigkeit dran. Gemeinsam erreichen wir unsere Ziele. Noch vor dem 40. Jubiläum!

cfd — die feministische Friedensorganisation
Dominique Lysser
assistenz.cfd@cfd-ch.org
Mitarbeiterin Programme und Kommunikation

links

dossier

1325: Nur Worte oder auch Taten?

Eine Überlebende sexueller Gewalt durch die Boko Haram, die sich beraten ließ und an Workshops in der Gemeinde teilnahm, um die Stigmatisierung von Frauen und Mädchen bei ihrer Rückkehr nach Hause anzugehen / Carol Allen-Storey/International Alert

International Alert ist seit den 1990er Jahren im WPS-Bereich tätig und war direkt an der weltweiten Advocacy-Kampagne «From the Village to the Negotiating Table» (“Vom Dorf an den Verhandlungstisch”) beteiligt, die die Verabschiedung der UNO-Resolution 1325 vor zwanzig Jahren positiv beeinflusste. Am Anfang der Resolution stand eine feministische Bewegung, die sich wiederum auf die über mehrere Jahrzehnte von Friedensorganisationen für Frauen hart erkämpften Erfolge stützte.

Seit 1990 hat International Alert WPS-Projekte unter anderem in Burundi, Liberia, Sierra Leone, der DR Kongo, Pakistan und Afghanistan umgesetzt, und zwar mit grossem Erfolg. Unser Projekt zum sozialen Zusammenhalt im Nordosten von Nigeria unterstützte die familiäre und kommunale Reintegration von Frauen und Mädchen, die mit Boko Haram zu tun gehabt hatten. Dabei gingen wir auf das Stigma und die negative Wahrnehmung ein, die ihnen anhaften. Dank unserer Arbeit in Afghanistan wurde das nötige Umfeld für die Förderung der Partizipation von Frauen an Entscheidungsprozessen sowie für einen besseren Schutz auf Gemeindeebene geschaffen. Unser neues Projekt in Tadschikistan

half, die Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen drastisch zu verringern, indem wir gefährdete Frauen und Mädchen dazu befähigten, für sich selbst zu sorgen und nach effektiverem Schutz vor häuslicher Gewalt zu suchen.

Ganz klar trägt die WPS-Agenda massgeblich zur Implementierung der Rechte für Frauen und Mädchen in konfliktbetroffenen Staaten bei. Eine unserer Partnerorganisationen in der DRK sagte dazu: «Die Resolution 1325 ist sowohl unser ‹Schlachtfeld› als auch unser wichtigstes Werkzeug.»

Im Hinblick auf den 20. Jahrestag ist es jedoch an der Zeit, innezuhalten und zu reflektieren. Wurden die Erwartungen und Versprechen der Resolution 1325 erfüllt? Sind Frauen auf bedeutsame Weise im politischen und sozialen Bereich engagiert und an Prozessen der Friedensförderung und des Friedens beteiligt? Werden sie in Entscheidungen, die ihr Leben und ihre Sicherheit direkt betreffen, miteinbezogen? Einige denken, diese Vision sei noch nicht wirksam umgesetzt worden, nicht zuletzt der UNO-Generalsekretär, der sagte, er sehe dort einen starken Kontrast zwischen Worten und Taten, wo auf zuvor gemachte Versprechungen keine konkreten Massnahmen gefolgt seien.

Ohne Frage ist das auch die Schlussfolgerung unserer Forschung mit PraktikerInnen aus der Friedensförderung, die seit über zwei Jahrzehnten im WPS-Bereich arbeiten: Zwischen Worten und Taten liegt eine Kluft. Die Forschungsergebnisse werden bald publiziert. Sie unterstreichen den Nutzen der Agenda und vor allem der Nationalen Aktionspläne als normativen Rahmen für die Förderung von Frauenrechten rund um die vier Stützpfeiler der WPS-Agenda. Die zentralen Herausforderungen bleiben jedoch weiterhin relevant. Dazu gehören insbesondere die anhaltende Verbreitung patriarchalischer Geschlechternormen, die sich häufig in Form verschiedener Widerstände gegen Frauen im Einsatz für das Voranbringen der Frauenrechte und deren Rolle bei der Gewaltprävention äussert; fehlender politischer Wille seitens nationaler Regierungen und globaler ordnungspolitischer Institutionen; unzureichende finanzielle Mittel sowie mangelnde strategische Zusammenarbeit zwischen Landesregierungen und lokalen Frauenorganisationen.

Wenn wir die Vision und die Versprechen der Resolution 1325 umsetzen wollen, müssen wir diese Probleme auf nationaler und internationaler Ebene angehen. Dafür braucht es aktive Partnerschaften zwischen Friedensförderinnen, Regierungen und der internationalen Gemeinschaft. Worte sind, wie der Generalsekretär sich ausdrückt, nicht genug. Zwanzig Jahre nach der Resolution sind Taten längst überfällig.

International Alert
Gemma Kelly
GKelly@international-alert.org
Policy Officer

links

- International Alert
- United Nations, Security Council (9 October 2019): Women, Peace and Security, Report of the Secretary General, S/2019/800
- Projekt von International Alert in Nigeria

- Projekt von International Alert in Nigeria
- Projekt von International Alert in Tadschikistan
- Afghanistans Nationaler Aktionsplan zur UNSCR 1325
- Projekt von International Alert: "Strengthening women's role in peace in Afghanistan"

dossier

Mehr Gleichberechtigung nötig für eine "Jubiläumsfeier"

Die NGO-Koordination post Beijing Schweiz, bestehend aus rund 35 Organisationen des ganzen politischen und gesellschaftlichen Spektrums, setzt sich seit der vierten Weltfrauenkonferenz in der Schweiz für die Frauenrechte ein. Während sich einzelne Mitgliedsorganisationen mit dem Thema Frieden im Spannungsfeld mit Konflikten und Krieg auseinandersetzen, fokussiert sich das Netzwerk in der Schweiz auf das Thema «Frieden» im umfassenden Sinn. Da ist insbesondere der soziale Frieden ein von Wichtigkeit, den es nicht geben kann, solange die Frauen und jungen Mädchen faktisch nicht dieselben Chancen wie Männer haben. Die häusliche Gewalt ist ein weiteres Gebiet, das im Zusammenhang mit Frieden zu thematisieren ist.

Seit Peking wurde in diesen Bereichen einiges erreicht: Vergewaltigung in der Ehe ist heute ein Straftatbestand, häusliche Gewalt gilt nicht mehr als Privatsache, der Schwangerschaftsabbruch wurde entkriminalisiert, eine wirksame Bekämpfung des Menschenhandels wird durch Zusammenarbeit wichtiger Akteure angestrebt. Noch immer

sind aber Opferschutz und Zugang zu Rechten nicht für alle Opfer von Frauenhandel verwirklicht.

Die Schweiz hat die UNO-Frauenrechtskonvention CEDAW und die UNO-Kinderrechtskonvention sowie deren Zusatzprotokolle betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten und betreffend den Kinderhandel, die Kinderprostitution und Kinderpornografie ratifiziert.

Betreffend Aktivitäten im Ausland positiv zu vermerken sind die Schweizer Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger_innen. Problematisch ist jedoch, dass diese im Ausland nicht genügend unterstützt werden.

Zu Besorgnis Anlass gibt die eingeschränkte Mitwirkung und der mangelnde Einbezug von Frauen in Friedensprozessen; die unzulänglichen Anstrengungen, die Genderperspektive in Strategien zur Prävention von gewalttätigem Extremismus und zur Terrorismusbekämpfung einzubeziehen und die negativen Auswirkungen des Kleinwaffenhandels und der Ausfuhr von Waffen und Munition in Konfliktgebiete auf Frauen sowie die Tatsache, dass Waffenherstellende ihrer Pflicht gemäss dem Waffenhandelsvertrag von 2014, die Verwendung ihrer Waffen sowie die Gewalt gegen Frauen zu überwachen, nur unzureichend nachkommen.

Damit die verschiedenen Jubiläen in der Schweiz ohne Vorbehalte gefeiert werden könnten, müsste die Gleichstellung von Frau und Mann weiter vorangeschritten sein. Es braucht nach wie vor erhebliche Anstrengungen, um Rollenstereotypen zu beseitigen und die Chancengleichheit zu verwirklichen. Deshalb sind mehr Frauen in Entscheidpositionen, Lohngleichheit und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, aber auch Politik unverzichtbar. Gerade die Coronazeiten haben aufgezeigt, dass hier noch bedenkliche Mängel bestehen. So lässt die Zusammensetzung des Expertengremiums – und die mangelnde Präsenz von Frauen – äusserst tief blicken!

In dem Sinn sind wir der Meinung, das Jubiläum darf nur im Bewusstsein gefeiert werden, dass endlich dafür gesorgt werden muss, dass der Weg zur Gleichberechtigung jetzt zügig gegangen wird.

NGO-Koordination post Beijing Schweiz
Vivian Fankhauser-Feitknecht
Präsidentin

links
- NGO-Koordination post Beijing Schweiz

dossier

Mit neuen Denkmustern

in die Ehe

Ehepaare während eines von Swissaid organisierten Workshops, 2015 / Michael Würtenberg

Ein Leben ohne Gewalt – für viele indische Ehefrauen ein Wunschtraum. Mit gezielten Aktionen sensibilisiert SWISSAID Jugendliche in der Region Marathwada, damit aus dem Traum für möglichst viele Mädchen und Frauen endlich Realität wird.

«Indische Mädchen sollen früh verheiratet werden, um sexuelle Verwirrung zu vermeiden.» Dieser Meinung sind laut einer Studie 67 Prozent der indischen Männer in Marathwada in Zentralindien. Und 42 Prozent glauben, dass Gewalt des Ehemannes gegenüber seiner Frau unter bestimmten Umständen gerechtfertigt ist und die Frau es zum Wohl der Familie tolerieren sollte. In Indien ist häusliche Gewalt an der Tagesordnung. Die Opfer erhalten von ihren Familien, von Gemeinden und der Regierung wenig bis gar keine Hilfe. Deshalb unterstützt SWISSAID gemeinsam mit Partnerorganisationen vor Ort Frauen darin, sich ein gewaltfreies Leben aufzubauen. Mit Präventionsmassnahmen sollen Frauen und Männer zudem für das Thema sensibilisiert werden. Sneha Giridhari von SWISSAID Indien war schon an einigen Präventionsmassnahmen beteiligt. Wichtig sei, gerade auch mit jungen Frauen und Männern zu arbeiten, sagt sie.

Gleichaltrige als Vorbilder

Doch wie erreicht man junge Menschen am besten? SWISSAID setzt in über 100 Dörfer der Region Marathwada unter anderem auf sogenannte «Peer Educators» aus bestehenden Jungen- und Mädchengruppen. Aus jeder Gruppe werden einige motivierte und sozial kompetente Jugendliche in Genderfragen geschult. Danach stellen sie sich als

Vertrauensperson bei Fragen und Problemen zur Verfügung. An den monatlichen Treffen der Jugendgruppen stellen sie verschiedene Themen zur Diskussion. Zum Beispiel: Was ist männlich? Was ist weiblich? Was bedeutet Gewalt für das Opfer? Was für den Täter? Welche Folgen hat eine Kinderheirat für die Betroffenen? Mit Liedern, Diskussionen, Plakaten und Rollenspielen werden die Themen spielerisch aufgearbeitet.

«Das ist der Nährboden, auf dem neue Denkmuster wachsen können»

Neben den monatlichen Treffen gibt es zudem die Möglichkeit, sich in Einzel- oder Paargesprächen beraten zu lassen. Junge Ehepaare können in Kursen lernen, wie sie Gewalt vermeiden können. Sneha Giridhari ist überzeugt: «Durch diese Art der Sensibilisierung können wir das Bewusstsein für diese Themen erhöhen. Und das ist der Nährboden, auf dem neue Denkmuster wachsen können.» Neue Denkmuster zum Beispiel, in denen eine Kinderheirat keinen Platz mehr hat. Denn Kinderheirat und häusliche Gewalt stehen in engem Zusammenhang, wie Studien zeigen: Je jünger die Frauen sind, desto häufiger werden sie Opfer häuslicher Gewalt.

Der Wandel ist das Ziel

Bei den Jungen muss man anfangen – bei den Alten aufhören. SWISSAID unterstützt deshalb Massnahmen, die im besten Fall einen gesamtgesellschaftlichen Wandel anstossen. Mit öffentlichen Aktionen wie Kundgebungen, Videoclips oder Plakataktionen sollen Botschaften zur Gleichberechtigung der Geschlechter möglichst breit gestreut werden.

Swissaid
Maria Künzli
m.roth@swissaid.ch
freiberufliche Redakteurin

links
- swissaid

---

dossier

Mehr Gerechtigkeit,

weniger Gewalt mit Bezug zu Geschlecht

Wandgemälde vom Künstler Akut in Amman, 2016 / Creative Commons

25 Jahre nach der Weltfrauenkonferenz in Peking hat die Gewalt an Frauen weltweit immer noch die Ausmasse einer Pandemie. Auch in der Schweiz ist die Gewalt, die Menschen aufgrund des ihnen zugeschriebenen Geschlechts erleben, weiterhin alltäglich und gehört zur normalisierten Erfahrung. Dies, obwohl in der Schweiz die staatlichen Anstrengungen gegen Gewalt teilweise tatsächlich intensiviert wurden und die Sensibilisierung und Enttabuisierung voranschreitet. Doch gerade das grössere Bewusstsein für Gewalt und der damit verbundenen Ungerechtigkeit wie auch das verstärkte Wissen über Angebote und Handlungsmöglichkeiten können dazu führen, dass das reelle Ausmass an Gewalt immer mehr ans Licht kommt.

Beziffern lässt sich das Ausmass nicht, da es bisher an Prävalenzstudien in der Schweiz fehlt. Dies soll sich nun aber ändern, da sich die Schweiz dafür verpflichtet hat. Denn: Zusätzlich zur Aktionsplattform von Peking und der UNO-Frauenrechtskonvention gilt in der Schweiz seit 2018 auch die sogenannte Istanbul-Konvention des Europarats. Mit dieser Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt an Frauen und Häuslicher Gewalt hat sich die Schweiz zu umfassenden und sehr konkreten Massnahmen gegen genderspezifische Gewalt verpflichtet. Die Konvention ist aber auch ein Instrument für die Gleichstellung aller Geschlechter, denn ohne Geschlechtergerechtigkeit keine Welt ohne Gewalt. Deshalb ist Gleichstellungsarbeit immer auch Gewaltprävention. Neben der staatlichen Anerkennung und praktischen Verpflichtung für diese urfeministische Analyse hat die Konvention zwei weitere grosse Potentiale: der holistische Ansatz und die Verpflichtung zu einer inklusiven und diskriminierungsfreien Umsetzung. Der ganzheitliche Ansatz verpflichtet zu umfassenden Massnahmen von Prävention – bspw. in Form von

antisexistischer Arbeit zu Geschlechterstereotypen – über Beratung, Begleitung, Schutz und Strafverfolgung bis zu einem koordinierten Vorgehen. Dies stärkt insbesondere die Arbeit an den Wurzeln der Gewalt, sprich die Prävention, und soll einseitige Vorgehen, wie z.B. Reduktion auf Strafverfolgung, vermeiden. Die intersektionale Perspektive wiederum schärft das Bewusstsein dafür, dass Betroffene von Gewalt unterschiedliche Realitäten und Bedürfnisse haben und die Massnahmen und Angebote entsprechend vielfältig und betroffenenzentriert gewährleistet werden müssen. So müssen bspw. Präventionskampagnen auch LGBTIQ+-Perspektiven abdecken, Geflüchtete genauso Zugang zu spezialisierter Unterstützung erhalten oder Frauenhäusern die Barrierefreiheit finanziert werden. Auch die erwähnten regelmässigen Prävalenzstudien müssen, um die Istanbul-Konvention zu erfüllen, spezifische und präzise Daten zu Fragen wie sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität und -ausdruck, Behinderung, Aufenthaltsstatus etc. abdecken.

Diese inklusive und nichtdiskriminierende Umsetzung ist wohl die grösste Herausforderung – aber gleichzeitig auch die Gretchenfrage, wie ernst es die Schweiz mit dem Kampf gegen Gewalt meint. Denn nur wenn alle Gewaltbetroffenen geschützt und unterstützt werden und Geschlechtergerechtigkeit garantiert ist, kann eine gerechte und gewaltfreie Gesellschaft erreicht werden.

Netzwerk Istanbul Konvention
Simone Eggler
Koordinatorin

links

- Netzwerk Istanbul Konvention

dossier

Tagsüber kam die Polizei, nachts die Miliz

Solidaritätsgruppe der Fastenopfer-Partnerorganisation DESECE, 2019 / Fastenopfer

International fand der Konflikt im Westen Kenias vor 15 Jahren kaum Beachtung, doch die Zivilbevölkerung, und darunter besonders Frauen wie Mercy, leidet bis heute unter dessen Folgen. Das Fastenopfer-Programm Kenia ist in dieser Region tätig und unterstützt mehrere Partnerorganisationen auch bei der Stärkung der Frauen.

Die Geschichte von Mercy Chebet* ist nur eine unter vielen. Viele Frauen der Organisation *Development Education Services for Comunity Empowerment* (DESECE) erzählen von ähnlich tragischen Schicksalen.

Mercy lebt in Kenia und gehört der ethnischen Gruppe der Sabaot an: *„Ich bin 47 Jahre alt und heiße Mercy Chebet. Zusammen mit meinen acht Kindern lebe ich im Westen Kenias. Ich bin Witwe.“* Ihre Vorfahr/-innen wurden in den 1920er und 30er Jahren des letzten Jahrhunderts von der britischen Kolonialregierung enteignet, um das landwirtschaftlich nutzbare Land weißen Farmern zu geben. Die Sabaot wurden an den Ausläufern des Mount Elgon angesiedelt, wo sie auf die in höheren Regionen auf andere Volksgruppen stießen. Nach der Unabhängigkeit Kenias wurde in der Region ein Wildtierreservat gegründet, ohne Beteiligung der lokalen Gemeinschaften. Das ohnehin schon knappe Land wurde noch knapper. Weil sich die Sabaot durch mehrere Landumverteilungen und Umsiedlungen durch die Regierung benachteiligt fühlten, gründeten sie die *Sabaot Land Defense Force* (SLDF), eine ethnische Miliz.

2005 geriet der Konflikt ausser Kontrolle und die Zivilbevölkerung – so auch Mercys Familie – kam zwischen die Fronten. Auch ihr Dorf wurde nachts von den Milizen besucht, die Essen, Trinken, Geld und Kämpfer – das heisst junge Männer und Söhne – verlangten. Tagsüber kam dann die Polizei und das Militär, um Informationen über die SLDF zu erhalten. Beide Konfliktparteien sanktionierten die Bevölkerung, wenn sie das Gewünschte nicht erhielten. Mercy beschreibt diese schwierige Zeit so: «*Während der Zusammenstöße von 2005, die das Gebiet des Mount Elgon etwa drei Jahre lang erschütterten, wurden viele Menschen von der Sabaot-Miliz (SLDF) vertrieben oder getötet. Einige leisteten Widerstand und wehrten sich. Darunter war auch mein Mann; er wurde 2007 getötet. Unser Land und unsere Tiere wurden uns geraubt, unser Haus niedergebrannt. Als sich der Konflikt in der ganzen Region des Mount Elgon ausbreitete, floh ich mit meinen Kindern. Dadurch änderte sich mein Leben völlig.*“

Der offene Konflikt dauerte von 2005 bis zur Niederlage der SLDF 2008. Während des gesamten Konfliktes schien die Regierung vor allem mit sich selbst beschäftigt gewesen zu sein. Allein in der vom kenianischen Militär geführten „Operation Okoa Maisha“ (euphemistisch zu übersetzen mit „Operation Lebensrettung“) sollen nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen bis zu 1’000 Menschen gefoltert worden sein. Doch auch nach der Beilegung des Konflikts, gestaltete sich das Leben der Überlebenden schwierig, sagt Mercy: «*Nach der ‚Operation Okoa Maisha’ durch das kenianische Militär wurde die Sabaot-Miliz besiegt und gezwungen, in den Wald zu fliehen. Ich kehrte zwar nach Hause zurück, doch ich musste ein neues Leben beginnen. Ich hatte meinen Mann und alles andere verloren. Um zu überleben und mich und meine Kinder zu ernähren, begann ich mit Gelegenheitsarbeiten, die ‚Kibarua‘ genannt werden (Swaheli für „bezahlte Arbeit / Tagelöhner/in“). Die Kirche half mir zwar mit Nahrungsmitteln und Kleidung, aber das reichte nicht aus. Mein Leben nahm einen anderen Verlauf – ich vermisse mein früheres Leben.*“

Mercy verlor wie viele Frauen in der Region aufgrund des Konfliktes ihren Ehemann. Heutzutage ist die Situation der Witwen im Westen Kenias noch sehr hart: Oft werden sie von der Familie des verstorbenen Mannes weiterverheiratet – mit allen auch psychischen und physischen Konsequenzen, wie Gewalt in der neuen Familie, auch sexuelle –, sie haben keinerlei Anspruch auf Land oder den Rest des Erbes. Obwohl die kenianische Verfassung ihnen diese Rechte zugesteht, verhindern traditionelle Wertvorstellungen deren Durchsetzung auf lokaler Ebene. Nicht von ungefähr erzählen viele Frauen wie auch Mercy davon, «notwendige Arbeiten» verrichtet zu haben, um über die Runden zu kommen. Damit implizieren sie vielleicht auch den Verkauf ihres Körpers.

Deshalb ist es umso wichtiger, dass Fastenopfer in der Projektarbeit die Stärkung der Frauen ins Zentrum stellt. Gerade in Konfliktregionen wie der beschriebenen sind stabile Strukturen in Gruppen und die Stärkung von verloren gegangenen Werten wie Solidarität und Vertrauen eine Grundvoraussetzung für die Arbeit an der Basis. Die 2020 aktiven 15 Solidaritätsgruppen, deren Mitglieder zu 75% aus Frauen bestehen, verrichten Gemeinschaftsarbeit auf den Feldern und werden in agrarökologischen Methoden ausgebildet, sodass Landwirtschaft trotz knappen Ressourcen für sie wieder eine Zukunft bietet. Gleichzeitig engagiert sich das Projekt in der Friedensarbeit, denn Konflikte um Ressourcen können – wie Mercys Geschichte eindrücklich zeigt – alles innert kürzester Zeit wieder zerstören.

**Name geändert*

Fastenopfer
Romana Büchel
buechel@fastenopfer.ch

Ethnologin sowie Fachverantwortliche für Gender und Religion & Kultur

links

- Fastenopfer

dossier

Der Körper im Zentrum der Politik

Selbstversorgung mit pflanzlicher Medizin, eine gemeinsame Praxis der Mapuche in Chile, Heiner Heine / Mission 21, 2009

Der Feminismus stellt Körper in den Mittelpunkt der Politik und fordert, dass deren unterschiedliche Bedürfnisse als Rechte respektiert werden. Dies verlangt aber auch, dass die Staaten diese Rechte garantieren.

Die Ankunft an der Vierten Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 spiegelte meine persönliche Erfahrung des langen Weges wider, den ich während meiner Arbeit mit der Frauen- und feministischen Bewegung während der chilenischen Diktatur gegangen bin. Die systematische Anprangerung von Menschenrechtsverletzungen; der Aufbau kreativer Formen des Widerstands und der Forderung nach Demokratie – all dies hatte ein solides Netzwerk von Menschen und Organisationen hervorgebracht, welches bis heute fortbesteht. Auch die in Peking geschaffene Aktionsplattform ermutigte staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen, die Geschlechterperspektive in der öffentlichen Politik, in Universitätslehrplänen, bei der politischen Beteiligung in Entscheidungsgremien und in

diskriminierenden Regelungen und Gesetzen zu berücksichtigen.

Während die chilenische Zivilgesellschaft in den 80er Jahren Widerstand gegen die Diktatur leistete, kämpfte sie in den 90er Jahren für den Erhalt ihrer Autonomie. Sie sah sich mit einer Regierung im Übergang zur Demokratie konfrontiert, die an eine dem Neoliberalismus dienende politische Verfassung gebunden war. Die Kontrolle über die Körper von Frauen, Jugendlichen und über Diversität, sowie die Kriminalisierung der indigenen Bevölkerung und die Verwüstung der Umwelt reaktivierten soziale Bewegungen in neuen Szenarien und Artikulationen.

In diesem Zusammenhang arbeiten die Partnerorganisationen von Mission 21 in kommunalen Netzwerken, in Sektoren, in denen staatliche Programme mangelhaft sind und an denen der Markt kein Interesse hat. Dies ist etwa der Fall des Dienstes für Entwicklung und Gemeinschaftsbildung (SEDEC) der Methodistischen Kirche in Chile. Im Kontext von CDVID-19 hat SEDEC durch virtuelle Programme eine bedeutende Präsenz erreicht, indem Räume für Selbstfürsorge und emotionale Auseinandersetzung geschaffen wurden, in denen die Weisheit der Mapuche-Kräutermedizin integriert wurde.

Die Mapuche, die grösste ethnische Gruppe in Chile, sind seit Beginn der spanischen Kolonialisierung massiver Diskriminierung ausgesetzt. Sie sind Mapu (Erde) che (Menschen). Und auch in ihrem Fall steht der Körper im Zentrum der Politik, denn sie sehen ihr Land als Teil des Körpers ihres Volkes.

Der Machi (geistliche Berater) Celestino Córdova trat in einen 100-tägigen Hungerstreik, um die chilenische Regierung unter Druck zu setzen, die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) einzuhalten, welche die Rechte aller politischen Gefangenen der Mapuche sowie mit Ihnen verbundenen Nicht-Mapuche-Häftlingen schützt.

Dieser Kampf um den Körper wird in dem alternativen zivilgesellschaftlichen Dokument “Luces y Sombras. Fünfundzwanzig Jahre nach der Aktionsplattform von Peking” aufgegriffen. Es prangert “den Rückschritt bei der Ausübung der Frauenrechte” an, “der von Anti-Rechts-Bewegungen gefördert wird, welche die Anwendung von Gewalt und Unterdrückung rechtfertigen, indem sie die Verfolgung und Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger_innen durch die Begünstigung der Ausbeutung natürlicher Ressourcen und durch die Missachtung der Rechte indigener Völker und Gemeinschaften rechtfertigen”.

Gleichzeitig stellen zivilgesellschaftliche Organisationen wie Mission 21 unter der Leitung von FriedensFrauen Weltweit (PWAG), der Schweizerischen Plattform für Friedensförderung (KOFF) und der cfd (Feministische Friedensorganisation) das Dokument “Frauen, Frieden, Sicherheit und Gewaltprävention: Reflexionen der Zivilgesellschaft im Kontext des Vierten Nationalen Aktionsplans der Resolution 1325” zur Verfügung. Es empfiehlt der Schweizer Regierung, von der Gemeinschaft geführte Definitionen von Sicherheit zu fördern, insbesondere wie sie von Frauen und anderen diskriminierten oder marginalisierten Gruppen definiert werden, und der Sicherheit der Gemeinschaft Vorrang vor der Sicherheit des Staates oder dem Schutz transnationaler Industrien einzuräumen.

Die Gewährleistung des Rechts, ein Leben frei von struktureller und geschlechtsspezifischer Gewalt zu führen, bleibt für alle diskriminierten Menschen eine

ungelöste Problematik. Der Zivilgesellschaft, und Mission 21 als Teil davon, kommt die grundlegende Rolle zu, von den Regierungen zu verlangen, dass alle Körper im Zentrum ihrer Politik stehen sollen.

Die feministische Bewegung in Chile setzt sich heute dafür ein, die indigene Bewegung bei der Ausübung ihrer Menschenrechte zu unterstützen, damit ein menschenwürdiges Leben zur Gewohnheit wird.

Mission 21
Josefina Hurtado
Josefina.Hurtado@mission-21.org
Leiterin der Stabsstelle Frauen und Gender

links

- Mission 21
- Mapuche pflanzliche Medizin (spanisch)
- Dokument “Luces y Sombras. Twenty-five years after the Beijing Platform for Action” (spanisch)

dossier

Zeit zum Feiern, Reflektieren und Weitermachen

Anlässlich des zwanzigsten Jubiläums der Pekinger Konferenz schrieb die Bahá’í International Community, eine internationale NGO, die die Anhänger_innen des Bahá’í-Glaubens bei den Vereinten Nationen und in anderen internationalen und regionalen Bereichen vertritt, in einer Stellungnahme:

«Zunächst möchten wir klar unsere Überzeugung darüber zum Ausdruck bringen, dass die Gleichheit von Mann und Frau ein Aspekt der menschlichen Realität und nicht nur ein Zustand ist, der zugunsten des Gemeinwohls angestrebt werden soll. Das, was Menschen zu Menschen macht – ihre angeborene Würde und Erhabenheit – ist weder männlich noch weiblich. Die Suche nach Sinn, Zweck und Gemeinschaft, die Fähigkeit, zu lieben, zu erschaffen und immer weiterzumachen ist nicht an ein Geschlecht geknüpft. Diese Auffassung beeinflusst die Art, wie jeder Aspekt der menschlichen Gesellschaft organisiert ist, grundlegend.»

Heute bestreiten nur noch wenige die Notwendigkeit der Geschlechtergleichheit. Alle sollen den gleichen Lohn für dieselbe Arbeit erhalten, alle sollen wählen können und so zum politischen Leben eines Landes beitragen und alle müssen Zugang zu Bildung haben. Aber ist das genug? Das Konzept der Gleichheit, Kern so vieler Debatten und Aktionen, verdient

es, dass man darüber nachdenkt. Was meinen wir mit Gleichheit? Was verstehen wir darunter? Wie wird dieses Verständnis in die Wirklichkeit übertragen? Einige Aspekte können diese Debatte möglicherweise bereichern.

Alle können Gleichheit anerkennen, fördern und dazu beitragen, seien es Einzelpersonen, gesellschaftliche Institutionen und Strukturen oder die Allgemeinheit und Gemeinschaften auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene. Ein guter Grund zum Feiern ist, dass so viele sich für das Thema Geschlechtergleichheit einsetzen. Beispiele dafür gibt es genügend: der Frauenstreik in der Schweiz vom Juni 2019 und die Aktionen davor und danach; der Einsatz dafür, dass beide Elternteile die ersten Tage mit ihrem neugeborenen Kind verbringen können, ohne Ferien zu nehmen; die Arbeit an der Basis, die von Behörden und der Zivilgesellschaft zur Unterstützung von Familien geleistet wird, oder auch die Bemühungen seitens höherer Bildungsinstitute, junge Frauen zu einem Studium im Fachgebiet ihrer Wahl zu motivieren. Die Liste ist nicht abschliessend.

Die Bahá'í-Gemeinschaft trägt dazu bei, die Theorie in der Schweiz in die Tat umzusetzen: Sie lädt alle dazu ein, starke und lebendige Gemeinschaften zu bilden, setzt sich in den Bereichen ein, in denen die Geschlechterproblematik diskutiert wird, und sorgt für das Vorankommen dieser Gespräche. Die Zusammensetzung der Bahá'í-Institutionen in der Schweiz zeigt durch die historisch gleichgestellte Vertretung von Frauen und Männern, dass Gleichheit selbstverständlich ist. Auf internationaler Ebene gehört die Umsetzung der Gleichheit von Frau und Mann zu den Hauptaufgaben der Bahá'í International Community. Eine Artikelreihe beschreibt die Anfänge der Bahá'í-Gemeinschaften bei der Umsetzung der Massnahmen zur Geschlechtergleichheit der Pekinger Erklärung in Wohngegenden und Dörfern überall auf der Welt.

2020 ist nicht nur ein Jahr zum Feiern, sondern auch eine Gelegenheit, all unsere Aktionen auszuwerten, die jetzige Realität genau anzuschauen und uns vor Augen zu halten, was noch zu tun bleibt. Die Schweizer Bahá'í-Gemeinschaft widmet sich weiterhin leidenschaftlich dem Engagement für mehr Geschlechtergleichheit sowie der Suche nach weiteren Wegen der Zusammenarbeit, um auf dem bisher Erreichten aufzubauen.

Bahá'í Schweiz
Sarah Vader
oea@bahai.ch
Vertreterin für auswärtige Angelegenheiten der Bahá'í-Gemeinde in der Schweiz

links

- Bahá'í Schweiz
- Aussage der internationalen Baha'i-Gemeinschaft vor der 59. Kommission zur Lage der Frau und zum 20. Jahrestag der Vierten Weltfrauenkonferenz
- Einblicke in den Geist der Gender-Gleichstellung: Mwinilunga, Sambia
- Einblicke in den Geist der Gender-Gleichstellung: Kejau, Malaysia
- Einblicke in den Geist der Gender-Gleichstellung: Riohacha, Kolumbien

---

erfahren sie mehr darüber

Grundlagen für geschlechterinklusive Friedensförderung

Image not found or type unknown

Mansoa, Oio Region, Guinea Bissau, Voz di Paz, Februar 2019/Interpeace

Dank jahrelanger Erfahrung mit Programmen im Post-Konflikt-Kontext weiss Interpeace aus erster Hand, dass Inklusion die Grundlage für nachhaltige Friedensförderungsbemühungen bildet, speziell diejenige marginalisierter und historisch bedingt diskriminierter Gruppen. Gender ist in intersektionaler Hinsicht wohl einer der wichtigsten Gründe für Marginalisierung in allen Kulturen und Kontexten weltweit. Die Schaffung von geschlechterinklusiven Friedensförderungsprogrammen kann zu nachhaltigeren Friedensförderungsbemühungen führen und einen Wandel von Normen und Praktiken ermöglichen, die dazu beitragen, strukturelle Ungleichheiten aufgrund Gender und anderer Identitäten zu beseitigen.

Der Einbezug einer Genderperspektive ist aus vielen Gründen wichtig für die Friedensförderung. Konfliktdynamiken sind grundsätzlich gendergeprägt. Davon sind jegliche Geschlechteridentitäten sowie deren Intersektionalitäten betroffen. Des Weiteren beeinflusst das Geschlecht die Vulnerabilität einzelner Personen in allen Phasen eines gewalttätigen Konflikts. Somit beeinflusst das Geschlecht auch die Resilienz der einzelnen Personen und Gruppen gegenüber eines Konflikts. Darüber hinaus beeinflussen Geschlechternormen die Art und Weise, wie Einzelpersonen und Gruppen am Friedensprozess teilnehmen und ihn mitgestalten. Am Anfang eines nachhaltigen Programms steht eine gendersensitive Konfliktanalyse. Damit geschlechterinklusive Prozesse einen positiven Beitrag zu Friedensförderungsbemühungen leisten können, müssen sie über Repräsentation hinausgehen und darüber hinaus Möglichkeiten sowie Strategien zur Einflussnahme beinhalten. Inklusion ist nämlich mehr als gleichberechtigte Partizipation. Es geht auch um gleichberechtigte Ergebnisse. Multisektorale Partnerschaften sind nötig, um die Genderinklusion und Peacebuilding voranzutreiben.

Um effiziente Pecebuilding-Programme zu fördern, die dem do no harm Grundsatz folgen, müssen Praktiker_innen mit verschiedenen Herausforderungen umgehen können. Interpeace hat einige Schlüsselaspekte identifiziert, wie eine Genderinklusion zur nachhaltigen Friedensförderung beitragen kann. Für den nachhaltigen Friedensprozess ist dies unbedingt notwendig.

Aus diesem Grund hat Interpeace vor Kurzem die «Zehn Grundlagen für die genderinklusive Friedensförderung» (Ten Foundations for Gender Inclusive Peacebuilding Practice) publiziert. Diese sind das Resultat eines Reflexionsprozesses von 2017 bis 2019, in dem die Umsetzung von geschlechterspezifischen Programmen untersucht wurde. Diese

Grundlagen sind ein Leitfaden für Praktiker_innen, um mit den Herausforderungen von geschlechterinklusiven Friedensförderungsprogrammen umgehen zu können, die gendergeprägten Konfliktdynamiken besser zu verstehen und wirksame Strategien für die Nutzung von Geschlechterinklusion zugunsten effektiverer Friedensförderungsprogramme zu erarbeiten und um letztlich die Geschlechtergleichstellung voranzutreiben.

Um die zehn Grundlagen umzusetzen, braucht es das Engagement von Institutionen, die Entwicklung, Aktualisierung und Verbesserung von Tools, Praktiken und Prozessen sowie einen ständigen Evaluations-, Lern- und Innovationsprozess. So können Friedensförderungsprogramme noch wirksamer, nachhaltiger und geschlechterinklusiver werden. Dies ist laut Interpeace grundlegend für die die Umsetzung des Frameworks sowie die Anwendung der Prinzipien und Strategien.

Abiosseh Davis
munafo@interpeace.org

links
- Interpeace

---

aktuell

Neuauflage der digitalen Serie «Reimagining Victory»

“Reimagining Victory” ist eine digitale Serie, die von Conciliation Resources in Zusammenarbeit mit dem IWM-Institut entwickelt wurde. In der Serie diskutieren führende Journalist_innen, Friedensstifter_innen, Künstler_innen und Akademiker_innen über das Konzept “Sieg” und werfen einen Blick auf einige der dringendsten Probleme im Zusammenhang mit Konflikten und Friedenskonsolidierung in der heutigen Welt. Was bedeutet es heute, 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, einen Krieg zu “gewinnen”?

Zu den Redner_innen gehören der ehemalige kolumbianische Präsident und Friedensnobelpreisträger Juan Manuel Santos, der UNO-Sondergesandte für den Jemen Martin Griffiths, die ehemalige Vorsitzende des Friedenspanels der philippinischen Regierung Miriam Coronel-Ferrer, der Gründer und Geschäftsführer des Internationalen Aktionsnetzwerks der Zivilgesellschaft Sanam Naraghi Anderlini, der Unterhändler des Karfreitagsabkommens Jonathan Powell sowie Jonathan Cohen und Dr. Rachel Clogg von Conciliation Resources.

links

- digitale Serie «Reimagining Victory»

---

aktuell

Männlichkeiten, Marginalisierung, Militarismus (Onlinekurs, 6 Halbtage)

Soldaten der Army Special Forces sprechen mit einem Dorfältesten in der afghanischen Provinz Uruzgan, 23. Mai 2011 / Creative Commons

Letzte Chance, sich für den neuen Onlinekurs “Masculinities, Marginalization, Militarism” zu bewerben, den swisspeace in Zusammenarbeit mit der Universität Basel anbietet.

- Lernen Sie, multiple Männlichkeiten als integralen Bestandteil der Gender-Theorie zu verstehen;
- Analysieren Sie die Verbindungen zwischen Männlichkeit, Marginalisierung und Militarismus;
- Erfahren Sie mehr über konkrete Ansätze zur Transformation schädlicher Männlichkeiten und ihre Auswirkungen von erfahrenen Praktikern;
- Denken Sie darüber nach, wie diese Konzepte, Mechanismen und Ansätze sich auf Ihren eigenen Kontext beziehen;
- Tauschen Sie Erfahrungen aus und werden Sie Teil einer *Community of Practice*.

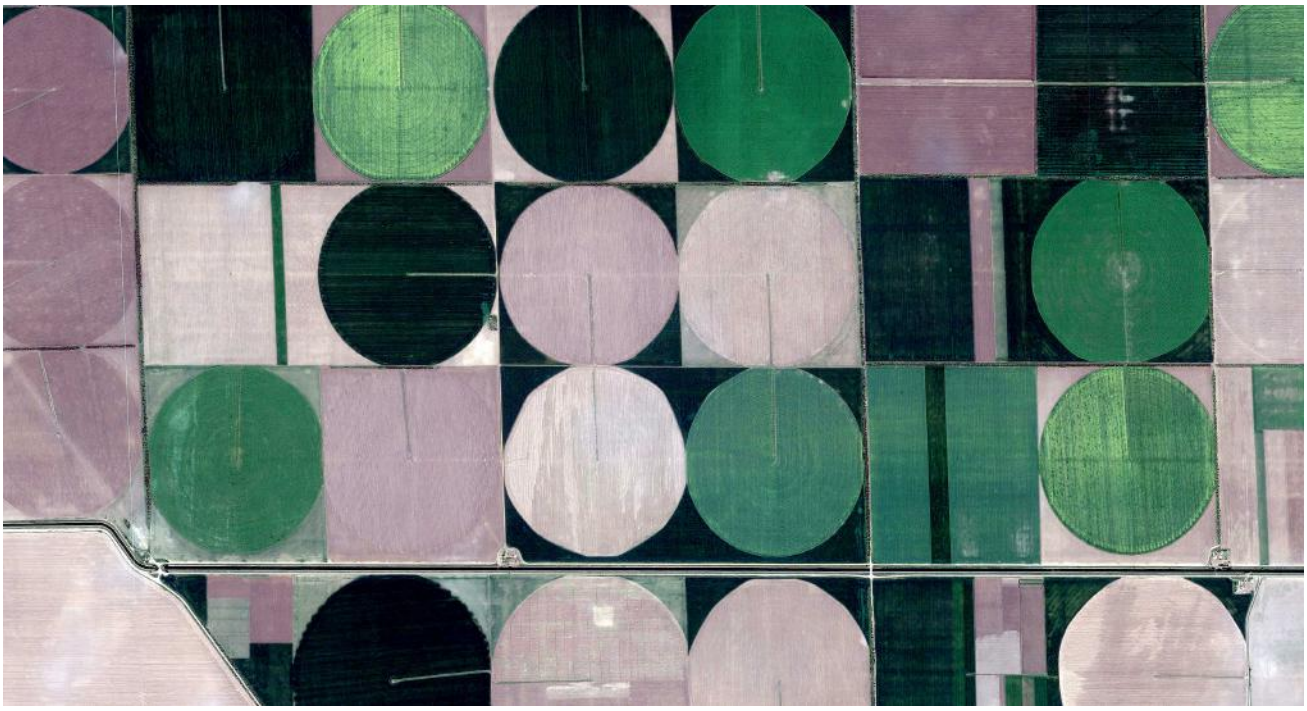
links

- Details und Anmeldung hier

aktuell

CAS "Grundlagen der zivilen

Friedensförderung"



Ukraine 2018 / swisspeace

Interessieren Sie sich für ein Postgraduiertenprogramm, das ein ganzheitliches Verständnis der zivilen Friedensförderung vermittelt?

Die zivile Friedensförderung spielt eine entscheidende Rolle bei den Bemühungen gewaltsame Konflikte zu transformieren, den Frieden zu fördern, vom Krieg zerrüttete Gesellschaften wieder aufzubauen und die Wiederholung von Gewalt zu verhindern. Der CAS “Civilian Peacebuilding Essentials” analysiert Theorien, Konzepte, Debatten, Politiken und Praktiken in den verschiedenen Bereichen der Friedensförderung, die von Friedensvermittlung, Konflikttransformation, der Rolle der Geschlechter bis hin zur Vergangenheitsbewältigung reichen. Zusätzlich erwerben Sie Fähigkeiten und Instrumente, die Sie in Konfliktsituationen anwenden können.

Datum: November 2020 – August 2021
Bewerbungsfrist: 30 September 2020

links

- Details und Anmeldung

agenda

Veranstaltungen & News

KOFF MEMBER NEWS SEITE

Neuigkeiten der KOFF-Trägerorganisationen finden Sie auf unserer KOFF MEMBER NEWS SEITE.

KLIMA- UND GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT ZUSAMMEN DENKEN
25 Jahre nach der Weltfrauenkonferenz in Beijing

cfd, KOFF, Sexuelle Gesundheit Schweiz, die NGO Koordination post Bejing Schweiz, Plattform Agenda 2030, FriedensFrauen Weltweit laden Sie ein zu einer anregenden Podiumsdiskussion über die Notwendigkeit, sowohl Fragen der Gender- und Klimagerechtigkeit als auch deren Interdependenz zu thematisieren.

Podiumsdiskussion, 17.09.2020, 18.30-20.00 Uhr, Rotonda, Saal der Pfarrei Dreifaltigkeit, Sulgeneckstrasse 13, Bern

Flyer

Dieses PDF wurde automatisch generiert.
Lesen sie à propos: www.swisspeace.ch/apropos

Herausgeber	KOFF von swisspeace
Kontakt	Sonnenbergstrasse 17, Postfach, CH-3001 Bern, Tel.: +41 (0)31 330 12 12
Redaktion	Sanjally Jobarteh, Maria Vogelbacher, Natalina Haller
Übersetzung	Übersetzergruppe Zürich, Furrer Übersetzungen
Bildmaterial	Wandbild von Anthony Geary (Chicago). Creative Commons

KOFF
Die Schweizer Plattform für Friedensförderung
La plateforme suisse de promotion de la paix
La piattaforma svizzera per la promozione della pace
The Swiss platform for peacebuilding

KOFF ist ein Projekt der Schweizerischen Friedensstiftung swisspeace. Es wird gemeinsam getragen vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten und den folgenden Schweizer Nicht-regierungsorganisationen:

ae-centre
Alliance Sud
APRED
artasfoundation
BAHA'I
Brücke · Le pont
Caux - Initiativen der Veränderung
cfd
Coexistances
DCAF
Eirene Schweiz
Fondation Hirondelle
FriedensFrauen Weltweit
Frauen für den Frieden Schweiz
Graines de Paix
Green Cross Schweiz
GSoA
HEKS
HELVETAS Swiss Int.
IAMANEH Schweiz
IFOR-Schweiz
Interpeace
Luzerner Initiative für Frieden und Sicherheit (LIPS)
medico international schweiz
mission 21
miva Schweiz - transportiert Hilfe
Peace Watch Switzerland
Peace Brigades International
Peace Nexus Foundation
Quaker United Nations Office
Schweizerischer Friedensrat
Schweizerisches Rotes Kreuz
SCI Schweiz
Solidar Suisse
SOS Kinderdorf
Swiss Academy for Development
SWISSAID
Terre des Femmes Schweiz
terre des hommes schweiz